

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 214

Hauptredaktion: Dr. Goertel, Leipzig

Montag, den 10. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Nationalistische dänische Regierungspolitik

Kein Schutz der Minderheiten in Schleswig Schroffe Haltung der neuen dänischen Regierung.

Frankfurt, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Berlin meldet man der „Frankfurter Zeitung“: Die deutsche Reichsregierung hatte der dänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, einen Gegenseitigkeitsvertrag über den Schutz der Minderheiten in Schleswig abzuschließen. Der Vorschlag ist von der neuen dänischen Regierung scharf abgelehnt worden. Damit kommt zum Ausdruck, daß die jetzt in der dänischen Regierung vorherrschende Stimmung zu einem friedlichen Ausgleich, der von Deutschland angestrebt wird, nicht geneigt ist.

Kopenhagen, 10. Mai. (Drahtbericht.) Der dänische Staatsminister Reergaard hatte mit einem Vertreter der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ eine Unterredung, in der er erklärte, die für die Dänen unter so starkem Wahndruck (?) und unverständlichen Wahlbestimmungen abgegebene Volksabstimmung in Schleswig könne nicht als endgültig gelten.

Glehnburg, 10. Mai. (Drahtbericht.) Das neue dänische Ministerium erklärt, daß es die Bestrebungen zur Internationalisierung der zweiten Zone nach Kräfte unterstehen werde. Dies war notwendig zu sagen, weil sonst die Konventionen, auf die das Ministerium zur Mehrheitsbildung angewiesen ist, ihm ihre Erfolgsgarantie versagen. Man erzählt „Evens Vestrethad“ aus guter Quelle, daß weder die Mitglieder des Ministeriums noch diejenigen Männer innerhalb des Kabinetts, die hinter den Internationalisierungsbestrebungen stehen, irgendeine Hoffnung haben, daß ihr Wunsch auf Internationalisierung Erfolg habe. Der Versuch ist gemacht worden, weil man damit die Nationalisten zur Liebdenz stellen versuchen möchte. Sehr bemerkenswert ist, daß in der Programmrede des neuen Ministerpräsidenten kein Wort von der Internationalisierung gesagt wird.

Der Termin der Besprechung zwischen Millerand und Lloyd George

Frankfurt, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Genf meldet man der „Frankfurter Zeitung“: Herr Millerand wird sich, wie man mehr festhalten scheint, am 13. Mai zur Besprechung mit Lloyd George nach Folkestone begeben. Der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Francois Marsal sollen an der Konferenz teilnehmen, die 2-3 Tage dauern wird. Die französische Presse gibt zu, daß die Vertagung der Konferenz

Aus dem Volksrat für Thüringen Von unserem Weimarer Mitarbeiter.

Weimar, 10. Mai.
In dem am 8. d. M. wieder begonnenen Tagungsabschnitt des Volksrates für Thüringen beschäftigte man sich mit der ersten Lesung des Rosenthal'schen Verfassungsentwurfes, aber den wir bereits ausführlich berichtet haben. In der Aussprache gelegentlich der Lesung kamen nun die Anschauungen, mit welchen die einzelnen Fraktionen des Verfassungswerk gegenüberstehen, zum Ausdruck. In einem etwas weit ausfallenden Epilog verleitete sich der mehrheitssozialistische Abg. Leutert über Kulturfragen, indem er das „arbeitende Volk“ als die eigentlichen Schöpfer aller kulturellen Werte feierte. Gleichwohl aber wurde die Hebung des Volkes vernachlässigt, und die Wohlbedienten schauten desmißig auf das Volk herab. Das muß nun anders werden; die kulturellen Güter müssen dem Volke erschlossen werden, freie Bahn dem „Tüchtigen“ usw. Auch das Werden des Staates Thüringens ist nach den Ausführungen diesesossen in erster Linie der Sozialdemokratie zu danken, denn wäre nach den Ereignissen der letzten Zeit die Sozialdemokratie nicht gewesen, so ständen wir heute fast an der Wiege, am Graue Thüringens. Die Rechte des Volkes sind in der Verfassung denn auch gebührend gewahrt worden, trotz mancher zu beanstandender Einzelheiten ist der Entwurf für die Mehrheitssozialisten annehmbar. Zu wünschen wäre nur noch die Errichtung einer Arbeitskammer. Aus einer ganz anderen Tonart sang der Unabhängige Weiler: Der Verfassungsentwurf verdient die Jenfer „angenommen“. Solange kapitalistische Kreise an der Regierung beteiligt sind, ist eine Demokratisierung des Staatswesens unmöglich und eine von einer solchen Regierung genehmigte Verfassung für die äußerste Linie unerwünscht. Unser Ideal ist die Herrschaft des Proletariats. Gleichwohl erklärt der unabhängige Redner namens seiner Fraktion, am Verfassungswerk mitarbeiten zu wollen, um zu retten, was zu retten ist. Der Redner der beiden Reichsparteien, Abg. Prof. Dr. Thümmel, betrachtete das Verfassungswerk von großen Gesichtspunkten aus. Trotz der kleinen Schönheitsfehler, die dem Werk nach Ansicht der Rechten anhaften, ist es annehmbar; es stellt sich ohne Jauern hinter die Verfassung und die Regierung; aber die Parteien des Hauses und des Landes mögen bedenken: Die Grabe der Anerkennung der Republik bei den Mitgliedern der Rechten sind sehr verschoben, man nehme Rücksicht auf diejenigen, die mit der monarchischen Verfassung von Jugend auf fest verwurzelt, nicht so schnell und leicht umlernen können oder sogar dem monarchischen Gedanken treu bleiben, ohne das Werk der Republik zu stören.“ Gegenüber den Behauptungen des Abgeordneten Leutert betont Dr. Thümmel energisch die Kulturdaten der Thüringischen Fürsten, welche oft in verschwendetester Weise ihre reichen Drinatmittel für Kunst und Wissenschaft zur Verfügung stellen, für Zwecke, die dem ganzen Volke zugute gekommen sind. Was dem neuen Staate Thüringen not tut, das ist eine aristokratische Regierung, d. h. eine Regierung der Besten, Tüchtigen, Achtungselben, und von diesem Standpunkt aus hätte auch in der Verfassung die Wahl der Regierung festgelegt werden müssen. Eine Regierung muß feststehen, muß positive Arbeit leisten, muß auch gegen eine parlamentarische Regierung Weisheit lassen können, lediglich unter dem Gesichtspunkte des Rechts.“ Abg. Dr. Rosenthal begründete nochmals zugleich als Diskussionsredner der Demokratischen Partei den Entwurf, der damit das Festsitzen der ersten Lesung paßiert hatte.

Die gestrige Sitzung des Volksrates eröffneten die Unab-

Itali begründet seine Politik in der Kammer

Rom, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf das Drängen der Sozialisten sprach Itti in der Kammer auch von der in San Remo beschlossenen Politik der Alliierten gegenüber Deutschland. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, vom englischen Ministerpräsidenten ins Schlepplau genommen worden zu sein. Er hätte nur die bestehenden Richtlinien für den Weltfrieden im Verein mit Lloyd George verfolgt. Wenn auch die Hauptverantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch unbestreitbar sei, so wäre Italien doch der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands ganz Europa zugute komme. Deutschland könne nur durch eine mächtigen Kriegsmarine in einem wichtigen Mittelpunkt der Friedensproduktion umgewandelt werden. Deutschland müsse nicht nur in den Stand gesetzt werden, wieder zu erzeugen, sondern auch seine Verpflichtungen einzuhalten. Es wäre außerordentlich wichtig, zu untersuchen, in welchem Umfang die Verpflichtungen gebahn werden können. Zweifellos habe Deutschland das Recht, für die Entschädigungen eine Gesamtsumme vorzuschlagen, die dann von den Alliierten zu prüfen sei. Deutschlands Einpruch von der Unentbehrlichkeit der Kriegsinstrumente und der schweren Artillerie könne man nicht berücksichtigen, wohl aber sein Eruchen um Rohstoffe. Die Konvention von Spa werde hinsichtlich eines Einigenkommens der Entente in diesem Punkte von außerordentlicher Bedeutung sein.

Mailand, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach der im Montecitorio vorhergehenden Sitzung erscheint die Umbildung des Kabinetts immer unvermeidlicher. Das katholische Zentrum verweigert seine Opposition auf allen Gebieten, ohne dabei, wie die Sozialisten, nur zu kritisieren und sich auf eine vermeintliche Politik zu beschränken. Nach dem Corriere d'Italia“ beklagt die katholische Volkspartei, daß von dem vielen durch das Kabinett Itti angekündigten Reformen nur wenige verwirklicht worden seien.

Eine Beratung der Ernährungsminister

München, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am nächsten Sonnabend findet eine entscheidende Sitzung aller Ernährungsminister über die Getreide- und Viehwirtschaft im nächsten Wirtschaftsjahre statt. Wapern wird unter keinen Umständen einer Freigabe von Getreide und Kartoffeln zustimmen.

Die tschechoslowakischen Wahlen und die Kabinettsbildung

Am 18. und 25. April haben in der Tschechoslowakei mit Ausnahme des von Deutschland abgetretenen Goltzhiner Ländchens und der polnisch-tschechischen Pleißitzgebiete die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat stattgefunden. Beide Wahlen erfolgten nach einem Proportional-Listenwahlsystem unter Berücksichtigung der Stimmstärke, ähnlich wie dies für die Neuwahlen der deutschen Nationalversammlung vorgehens ist. Die Wahlen zum Senat unterschieden sich von den Wahlen zum Abgeordnetenhaus nur durch die geringere Zahl der zu besetzenden Mandate und das auf 28 Jahre hinausgesetzte Mindestalter der Wahlberechtigten. Eine rein schematische Zusammenstellung der Wahlergebnisse sieht zunächst folgendermaßen aus:

I. Abgeordnetenhaus (von 300 Mandaten besetzt 281):
1. Tschechische Parteien: Sozialdemokraten 74, Tschechische Sozialisten 24, Narodnicka Gruppe (Sozialisten) 3, Agrarier 28, Klerikale 33, Nationaldemokraten 19, Oemerebpartei 6, Nationale Bauernpartei und Kleinbauern 13, zusammen 200.
2. Deutsche (und madsjarische) Parteien: Deutsche (und madsjarische) Sozialdemokraten 35 (4), Agrarier 12, Christlich-Soziale 16, Deutsche Wahlgemeinschaft 16 (daron 11 Deutsch-Nationale, 5 Nationalsozialisten), Demokraten 2, zusammen 81.

Insgesamt stehen im Abgeordnetenhaus 109, mit Einrechnung der tschechischen Sozialisten und der Narodnicka Gruppe 136 sozialistische Abgeordnete 145 Bürgerlichen gegenüber.

II. Senat (von 150 Mandaten besetzt 139):
1. Tschechische Parteien: Sozialdemokraten 41, Agrarier 14, Klerikale 18, Tschechische Sozialisten 10, Nationaldemokraten 10, Nationale Bauernpartei 6, zusammen 99.

2. Deutsche (und madsjarische) Parteien: Sozialdemokraten 16, Deutsche Wahlgemeinschaft 8, Christlich-Soziale 4, Bund der Landwirte 6, Demokraten 3, Deutsch-madsjarische Christlich-Soziale 2, Madsjarische Bauern 1, zusammen 40.

Eine ausführliche Erörterung der Wahlergebnisse der einzelnen Parteien würde zu weit führen. Hervorzuheben sei nur die Niederlage der Nationaldemokraten, die in der ersten tschechischen Regierung unter Kratochvíl allmächtig waren und nun noch nicht 7 Prozent (im Senat 10 Prozent) der Mandate erreicht haben. Ferner der relative Mißerfolg der slowakischen Autonomistenpartei (Nationale Bauernpartei) unter Führung des Paters Flinka, die durch einen überaus großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie in der Slowakei in den Hintergrund gedrängt wurde. Man munkelt, daß bewährte Wahlmethoden aus der ungarischen Zeit zu diesem Wahlergebnis mit beigetragen haben.

Die Hauptbedeutung und damit das Grundproblem der tschechoslowakischen Wahlen steht aber in folgendem: Die überlange ausgebreitete Herrschaft der sozialistischen, nicht gewählten, ersten tschechischen Nationalversammlung ist vorbei. Die Wahlen korrigierten nicht nur das Stärkeverhältnis der tschechischen Parteien, sondern fügten vor allem die bisher ausgeschlossenen Deutschen (und Madsjaren) zu, und des öfteren kann man von Ententeangehörigen, die in irgendeiner offiziellen Mission in der Tschechoslowakei sich aufhalten, Ausdrücke des Erstaunens über diesen unüberlegbaren Beweis für das Vorhandensein einer 30prozentigen nationalen Minderheit hören. Das zahlenmäßige Ergebnis der Wahlen stellt nun die Prager Regierung vor die außerordentlich schwierige Aufgabe, sich in den neuem gesetzgebenden Körperschaften eine Regierungsmehrheit zu bilden.

In der früheren Nationalversammlung reagierte nach dem Sturz der Nationaldemokraten im Sommer 1919 eine Koalition der Sozialdemokraten, tschechischen Sozialisten und Agrariern. Ministerpräsident war der dem rechten Flügel der Sozialdemokratie angehörende Tufar. Tufar ist auch nach der mit der Schließung der alten Nationalversammlung erfolgten Demission des Kabinetts vom Präsidenten Masaryk mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden.

Man verläßt der alte Regierungsblok im Abgeordnetenhaus nur über 128 Sitze. Eine Mehrheit ist also nur zu bilden durch Zuziehung weiterer tschechischer oder — deutscher Parteien. Beides ist außerordentlich schwierig. Der linke Flügel der tschechischen Sozialdemokratie, zu dem auch etwa ein Duzend Vertreter kommunistischer Färbung gehören, dürfte mit Nationaldemokraten oder Klerikalen kaum unter einem Hut zu bringen sein; zudem würde voraussichtlich eine rein tschechische Mehrheit die Oppositionsstellung der gesamten deutschen Parteien zur Folge haben. Auf der anderen Seite liegt auf deutscher Seite fowohl Grund zu berechtigten Beschwerden gegen antideutsche Maßnahmen tschechischer Behörden vor, daß es selbst für den linken Flügel der Deutschen Sozialdemokratie schwer ist, die nationalen Gesichtspunkte hinter den sozialen ganz zurücktreten zu lassen. Und zu einer rein sozialistischen tschechisch-deutschen Regierungsmehrheit reichen die sozialistischen Mandate wiederum nicht aus.

Nach den letzten Nachrichten verhandelt Tufar mit den Führern der tschechischen Parteien, um ein rein tschechisches Kabinet zu bilden. Dies Experiment, das vielleicht augenblicklich die einzig mögliche Lösung vorstellt, ist nicht angefechtlich. Dauerhaft dürfte eine solche Mehrheit nicht sein, und die Forderung der Deutschen nach einer Revision der Gesetzgebung der ersten Nationalversammlung dürfte an Schärfe gewinnen, wenn die Deutschen im neuen Parlament von der Regierung wiederum ausgeschlossen sind. Da gleichzeitig eine gewisse wirtschaftliche Spannung im Lande herrscht — Knappheit an Mehl und Bargeld, Verteuerung von Brot, Kohlen und Schnitzarbeiten —, sind für die nächsten Monate in der Tschechoslowakei starke wirtschaftliche und innerpolitische Reibungen zu erwarten. Sollte die Regierung in Prag versuchen, unter diesen schwierigen Verhältnissen gegen

